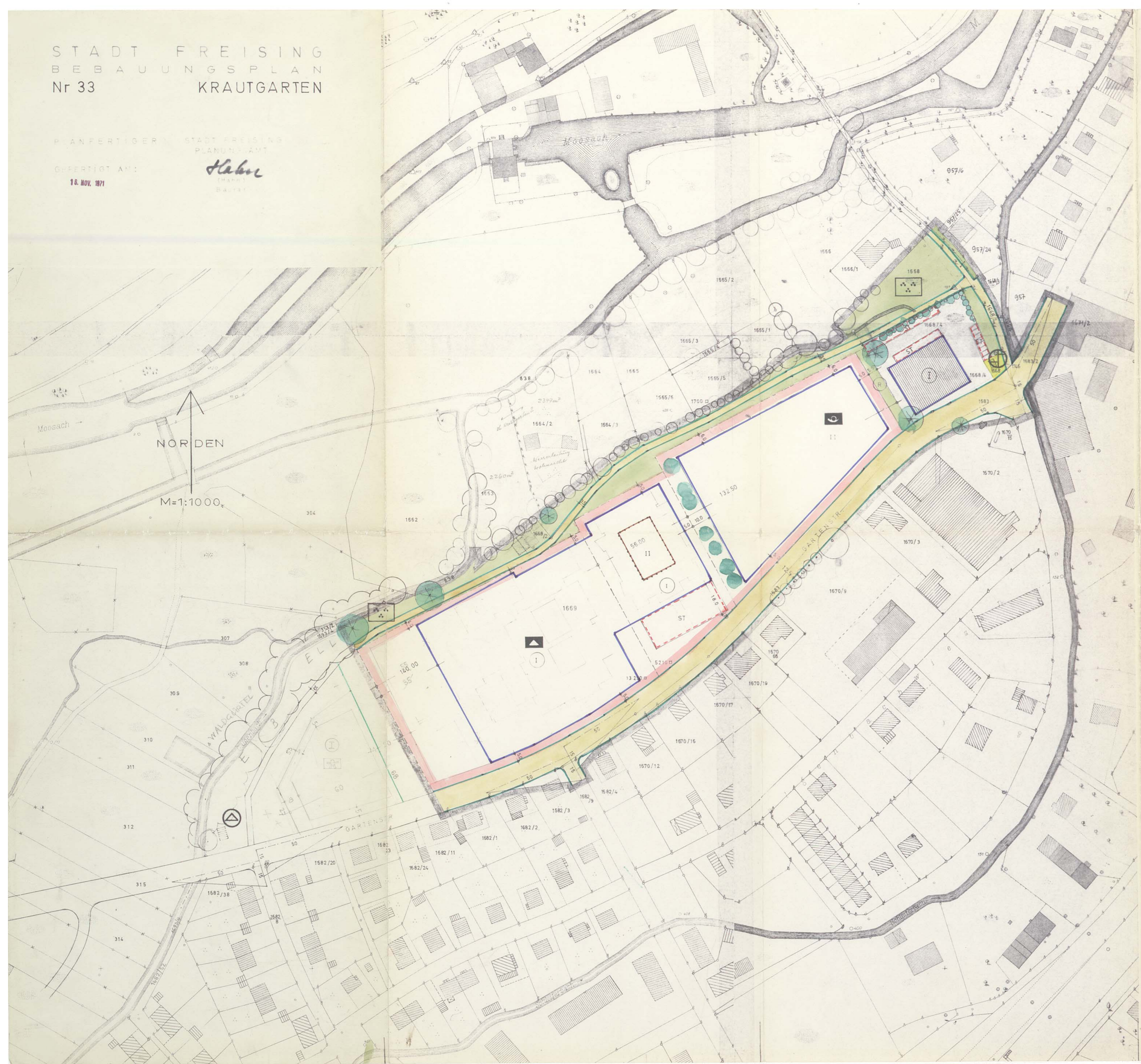


STADT FREISING
BEBAUUNGSPLAN
Nr 33
KRAUTGARTEN

PLANFERTIGER BEBAUUNGSPLAN
STADT FREISING
PLANUNGSAMT
GEFERTIGT AM: *Haber*
16. NOV. 1971








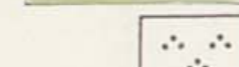







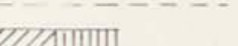



Die Stadt Freising erläßt aufgrund § 9, 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341), Artikel 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) vom 25. 1. 1952 (BayRS I S. 461), Artikel 107 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) vom 21. 8. 1969 (GVBl. S. 263), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauVO) vom 26. 11. 1968 (BGBl. I S. 1237) und der Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22. 6. 1961 (GVBl. S. 161) und der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) vom 19. 1. 1965 (BGBl. I S. 21) diesen Bebauungsplan als

Satzung

Dieser Bebauungsplan ersetzt alle innerhalb seines räumlichen Geltungsbereiches früher festgesetzten Bebauungs- und Baulinienpläne.



A) Festsetzungen

- 1a) Das Bauland wird gemäß § 9 Bundesbaugesetz und § 4 Bau-nutzungsverordnung als allgemeines Wohngebiet festgesetzt.
- 1b) Ausnahmen, wie sie in § 4 Abs. 3 Ziff. 1, 4, 5 und 6 vorge-sehen sind, werden nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
- 2) Abgesehen von Einfriedungen und von baulichen Anlagen zur Aufnahme von beweglichen Abfallbehältern sind außerhalb der ausgewiesenen überbaubaren Grundstücksflächen untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 Abs. 1 Bau-nutzungsverordnung nur ausnahmsweise zulässig.
- 3) Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter müssen überdacht sein.
- 4) Außer dem im Plan festgesetzten zu pflanzenden und zu er-haltenden Baumbestand sind auf den Baugrundstücken mindestens so viele Bäume bodenständiger Art zu pflanzen, daß im Ver-hältnis zur Grundstücksgröße auf jede angefangene 200 qm Grundstücksfläche 1 Baum kommt (also zum Beispiel 4 Bäume auf ein Grundstück von 715 qm). Dabei sind die Artikel 71 ff. des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1899 (Grenzabstand von Bäumen, Sträuchern usw.) zu beachten.
- 5a) Als Einfriedungen entlang von öffentlichen Straßenverkehrs-flächen wird festgesetzt:
Holzlattenzäune, Säulen verdeckt
Höhe max. 1,00 m über Oberkante Straße.
- 5b) Als seitliche und rückwärtige Einfriedungen werden nur Maschen-drahtzäune mit Eisenprofilen geringen Querschnitts als Stützen zugelassen; Höhe max. 2,00 m über gewachsenem Gelände.
- 6) Einfriedungen dürfen keine grellen Farbanstriche erhalten. Sichtschutzmatten sind unzulässig. Werbeanlagen an Zäunen sind unzulässig.
- 7) Soweit in diesem Bebauungsplan Baugrenzen entlang von be-stehenden Gebäudefronten gezeichnet sind, ist der Verlauf die-ser Baugrenzen durch die bestehenden Außenfronten dieser Häuser festgelegt.
- 8)  Sichtdreiecke sind von baulichen Anlagen, Bepflanzungen und Ablagerung von Gegen-ständen über 1,00 m Höhe über Straßen-oberkante freizuhalten.
- 9)  Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes
 Baugrenzen
 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
Post: Fernsprechwahlvermittlungsstelle
Schule: Behindertenschule, beschützende Werkstätte, Tagesheim
 Begrenzungslinie für öffentliche Straßen-verkehrsflächen
 öffentliche Straßenverkehrsflächen
 Grünflächen
 Parkanlage
 Reservelfläche für mögliche Erweiterung des Straßennetzes
 Baugrundstücke für Versorgungsanlagen
Pumpwerk
 Flächen für Stellplätze
zu erhaltender Baumbestand
zu pflanzender Baumbestand
z.B. +11,0+
z.B. I
z.B. II
 Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

- B) Hinweise
-  bestehende Grundstücksgrenzen
 -  Vorschlag für die Teilung von Grundstücken
 -  bestehende Wohngebäude, Nebengebäude
 -  Flurstücksnummer
 -  offene Gewässer


Sämtliche Bauvorhaben sind vor Bezugsfertigkeit an die zentrale Wasser-versorgung und an die zentrale Abwasserbeseitigungsanlage anzuschließen, ebenso die vorhandenen Anwesen, sobald diese die Möglichkeit zum An-schluß an die zentrale Kanalisation haben.

C) Vermerke

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde mit der Begründung gemäß § 2 Abs. 6 BBauG vom 23. 6. 1960 bis 5. 7. 72 in Freising öffentlich ausgelegt.
Freising, den 13. 3. 72

Dr. Schäfer
Oberbürgermeister
2. Die Stadt Freising hat mit Beschluß des Stadtrats vom 16. 2. 72 den Bebauungsplan gemäß § 10 BBauG als Satzung beschlossen.
Freising, den 13. 3. 72

Dr. Schäfer
Oberbürgermeister
3. Die Regierung von Oberbayern hat den Bebauungsplan mit Ent-schließung vom 30. 6. 72, Nr. 1226-236-6102-F3/79 gemäß § 11 BBauG genehmigt.
München, den
I. A.

(Siegel)

4. Der genehmigte Bebauungsplan wurde mit Begründung vom 5. 7. 72 bis 5. 8. 72 in Freising gemäß § 12 Satz 1 BBauG öffentlich ausgelegt. Die Genehmigung und die Auslegung sind am 5. 7. 72 ortsüblich durch

Freising, den 6. 7. 72

Dr. Schäfer
Oberbürgermeister

Aufstellung - Änderung - Ergänzung - Aufhebung genehmigt mit RE vom 30. 6. 71 Nr. II 226-236-6102-F1/79 Regierung von Oberbayern I. A. *Mejstner* (Laybold)